

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geldstr. 9-11

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2000-2001

Die französischen Drohungen.

Paris, 18. Januar. (WIB.) „Matin“ berichtet über die Absichten, die die französische Regierung im Ruhrgebiet plant. Eine Untersuchung werde heute gegen die widerspenstigen Industriellen des Ruhrgebiets eingeleitet werden. Ein Mitglied des Kriegesgerichts werde sie vorladen. Die Ausbeutung der Wälder im Rheinland und im Ruhrgebiet werde sofort beginnen. Während der Ministerkonferenz sei die Lage im einzelnen geprüft worden. Die neu festgestellten Verletzungen und der Widerstand des deutschen Reiches würden eine Reihe von progressiven Sanktionen nach sich ziehen. Darunter könne man die Beschlagnahme der Staatsgruben anführen, die Ausweisung der preussischen Beamten, die Beschlagnahme aller Steuern, die Erziehung einer Zollgrenze. „Weil die deutsche Industrie, vertreten durch den Reichsanwalt Cuno — so schreibt der „Matin“ — den Wirtschaftskrieg will, wird sie ihn haben, und da sie sich aller ihrer Waffen bedient, werden Frankreich und seine Alliierten (des Belgien) keine der ihrigen verzeihen.“

Bisherige „Ergebnisse“ der Requisition.

Essen, 18. Januar. (U.) Nach einer amtlichen französischen Darstellung hat das erste Ergebnis der Kohlerequisition im Ruhrgebiet ergeben: 5812 Tonnen Koks und 587 Tonnen Kohlen.

Seit Spa erhielt die Entente insgesamt zwei Millionen Tonnen deutscher Kohlen monatlich, wovon der größte Teil Frankreich zufällt. Das waren etwa 67 000 Tonnen täglich.

Und immer mehr Truppen! . . .

Paris, 18. Januar. (U.) Den Pariser Blättern zufolge ist es in der gestrigen Nacht in Dortmund zu Straßenstreitigkeiten zwischen Nationalisten und Kommunisten gekommen. Die französischen Truppen griffen nicht ein; sie befürchteten überdies, daß dann sich die Manifestanten gemeinsam gegen sie wenden würden. Trotzdem wurden noch im Laufe der Nacht zwei Kavallerieregimenter und eine Abteilung Tanks vom Hauptquartier Düsseldorf nach Dortmund beordert, „um für alle Fälle gesichert zu sein“.

Die Weigerung der Zechenbesitzer.

Nach einer Sitzung der Zechenbesitzer am Mittwoch nachmittag in Essen wurde eine Erklärung beschlossen, die jeder einzelne Besitzer unterschrieben und der Besatzungsbehörde überreicht hat. In dieser Erklärung wird mit Bezug auf den Befehl des Bergwerksinspektors Coste darauf hingewiesen, daß durch den Friedensvertrag die Souveränität des Deutschen Reiches feierlich anerkannt wurde und daß infolgedessen nur die deutschen Gesetze im Ruhrgebiet für die deutschen Staatsangehörigen Geltung haben. Der Reichskohlenkommissar habe die Lieferung verboten, die Zechenbesitzer würden sich nach diesem Befehl richten und handelten dabei „im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, des Friedensvertrages, des Rheinlandsabkommens und aller ergänzenden Bestimmungen sowie der Haager Landkriegsordnung und den Regeln des Völkerrechts, wie sie in allen Kulturstaaten anerkannt sind.“

Die Erklärung fährt fort:

„Ich weiß, daß gerade in Frankreich der Schutz der Ehre und des Gewissens, der persönlichen Freiheit und des Eigentums der Zivilbevölkerung im Falle einer Okkupation ein von allen Völkerrechtstheoretikern anerkannter und hochgehaltener Grundsatz ist. Ich weiß endlich, daß meine Haltung im Einklang steht mit dem französischen Landesrecht. Der Befehl meiner zuständigen Behörde schafft für die Zechenbesitzer einen Fall von höherer Gewalt, bei dem auch nach französischem Recht jede persönliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist. Er ist als ein Eingriff von höherer Hand für mich absolut bindend. Außerdem würde bei der heutigen Sachlage eine Lieferung von Brennstoff an Frankreich und Belgien die Aktion fördern, welche Frankreich und Belgien im Gegensatz zu unserer Regierung gewaltsam durchzuführen versuchen. Es wird also von mir verlangt, daß ich einer gegen meine eigene Regierung gerichteten Maßnahme meine tätige Unterstützung gewähre und positiv daran teilnehme.“

Niemand kann gezwungen werden, gegen sein Vaterland zu handeln und eine ehelose Handlung zu begehen. Die Anforderung, die an mich gestellt wird, schafft für mich einen moralischen Zwang, der auch nach französischem Recht jede Verantwortung meinerseits ausschließt. Zusammenfassend stelle ich fest und erkläre hiermit auf das Bestimmteste: zu einer Handlung gegen mein Vaterland und zu einer ehelosen Handlung lasse ich mich nicht zwingen.“

Folgt Unterschrift.

Deutscher Verzicht auf Verhandlungen.

Paris, 18. Januar. (U.) Die Kriegskostenkommission war bekanntlich aufgefordert worden, zu der gestrigen Sitzung der Reparationskommission Vertreter zu entsenden, die wegen der italienischen Denzollforderungen mit der Reparationskommission verhandeln sollten. Staatssekretär Fischer als Vorsitzender der Kriegskostenkommission stellte aber der Reparationskommission mit, daß deutschseits auf jede mündliche Verhandlung verzichtet würde. Die Sitzung der Reparationskommission wurde daraufhin auf Freitag vertagt. Es soll in dieser Sitzung endgültig über die Denzollforderungen an Italien beschlossen werden. In derselben Sitzung wird sich die Reparationskommission mit der Antwort der Reichsregierung befassen.

Der Zwischenfall von Bochum.

Der für den Zwischenfall in Bochum verantwortliche französische Oberst Houiller ist, wie die WPR. erfahren, durch seine vorgesetzte Behörde von seinem Posten abberufen worden. Das Regiment, dessen Angehörige auf die Demonstranten geschossen haben, wurde durch ein anderes abgelöst.

Der Reichspräsident hat an den Oberbürgermeister der Stadt Bochum ein Beileidstelegramm gerichtet, in dem er ihn ersucht, den Angehörigen des Ermordeten seine herzlichste Teilnahme auszusprechen. Von verschiedenen Seiten sind dem Reichspräsidenten Mittel zur Unterstützung der Hinterbliebenen des Erschossenen zur Verfügung gestellt worden, die dem Oberbürgermeister der Stadt Bochum überwiesen worden sind.

Die Saararbeiter warnen die Ruhrbergarbeiter.

Saarbrücken, 18. Januar. (Mib.) Das Kartell der freien Gewerkschaften, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei und die kommunistische Partei hatten die werktätige Bevölkerung in Döblingen und Umgebung zu einer öffentlichen Massenkundgebung gegen die Besetzung des Ruhrgebiets in der Turnhalle zu Döblingen für den letzten Sonntag einberufen. Die oberste Polizeiverwaltung der Saarregierung hat jedoch diese öffentliche Kundgebung verboten. Eine Begründung für das Verbot wurde nicht abgegeben. Daraufhin beriefen alle dem Kartell der freien Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen eine Kartellversammlung ein, die einen gewaltigen Besuch auswies.

Es wurde eine Resolution gefaßt, aus der folgender Satz besonders hervorgehoben zu werden verdient: „Gleichzeitig warnen die hier Versammelten ihre wehrfähigen Arbeitsbrüder dringend davor, sich von den eventuellen Versprechungen der Franzosen (Einführung des valutariell besseren Frankens, usw.) beeinflussen zu lassen, da dadurch, wie es im Saargebiet zu beobachten ist, der steigenden Verelendung nicht im geringsten Einhalt geboten werden kann.“

Kohlenzüge beschlagnahmt und — freigegeben.

Die französische Besatzung im Ruhrgebiet hat am Mittwoch die verschiedensten Versuche gemacht, sich die wirtschaftliche Macht anzueignen. Unter anderem wurde zu diesem Zweck auch ein bayerischer Kohlenzug beschlagnahmt, den man von Alpenjägern scharf bewachen ließ. Die Militärs mußten aber bald einsehen, daß ihr Beginnen sinnlos war. Ein Zug reichte sich schließlich an den anderen, so daß eine regelrechte Verkehrsstockung eintrat. Die Franzosen mußten sich deshalb keinen anderen Rat, als den beschlagnahmten bayerischen Kohlenzug freizugeben, um Luft zu schaffen.

Ueber die Betriebslage der Reichsbahn im neu besetzten Gebiet wird mitgeteilt, daß bis heute vormittag der Betrieb im Ruhrgebiet sich fast abgewickelt hat. Die Besatzungszone ist bis jetzt nicht erweitert worden. In Düsseldorf wurden 3 Truppenzüge nach Bochum angefordert. In der Ruhr sind gestern 21 237 Wagen gestellt worden; das entspricht der üblichen durchschnittlichen Tagesanforderung des Ruhrgebiets.

Auch die Finanzämter geräumt.

Essen, 18. Januar. (Deia.) Die Franzosen beginnen allmählich mit der Beschlagnahme von Kohlen im Ruhrgebiet. Die Besatzungsbehörden haben gestern einen bayerischen Kohlenzug beschlagnahmt, ihn aber später wieder freigegeben. Die Kohlensteuer, die vorläufig in Papiermark zu entrichten ist, soll heute zum ersten Male erhoben werden. Generalinspektor Coste verfügte, daß die Zechenbesitzer mit ihrem Privatvermögen für das Aufkommen der Steuer zu haften hätten. Gleichzeitig beabsichtigen die Franzosen, heute die Finanzämter im Besatzungsgebiet zu besetzen. Sie werden aber wenig Freude daran haben, denn die Finanzämter sind ebenso wie das Kohlenyndikat geräumt.

Gefangverbot.

Essen, 18. Januar. (WIB.) Auf Befehl der Besatzungsbehörde ist das Singen nationaler Lieder, wie „Die Wacht am Rhein“ und das „Deutschlandslied“, verboten worden.

Finnen kommt nach Berlin.

Amsterdam, 18. Januar. (WIB.) Nach einer Blättermeldung wird der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Filmen, heute abend nach Berlin abreisen.

Henderson gewählt.

London, 18. Januar. (EE.) Bei einer Nachwahl in das Unterhaus wurde in Newcastle der englische Arbeiterführer Arthur Henderson mit 11 666 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat der Unabhängigen Liberalen erhielt 6682 und der konservative Kandidat 6480 Stimmen.

Bei der Hauptwahl im November 1922 hatte der gewählte, inzwischen verstorbenen Arbeiterkandidat Bell 10 084 Stimmen erhalten, der Linkliberale 6990 und der Lloyd-George-Liberale 6278.

Dollar 23 000.

Wanderer Marksturz.

An der Börse herrscht die Meinung, daß die gestrigen Nachrichten über eine angeblich bevorstehende englische Intervention Seilschläger waren. Dementsprechend mocht die Entwertung der Mark rasende Fortschritte. Der Dollar schwante im heutigen Devisenverkehr zwischen 22 000 und 24 000. Gegen Mittag stellte sich der Kurs etwa auf 23 000 bei anhaltender Nachfrage.

Deutschnationale Einheitsfront.

Die Deutschnationalen predigen die Einheitsfront gegen Frankreich. Mit der Einheitsfront ist es aber in ihrem eigenen Lager schlecht bestellt. Wir sprechen hier nicht von dem Hahnenkampf zwischen den Nationalen, die auch völkisch, und den Völkischen, die nur völkisch sein wollen, die deutschnationale Partei trägt ja für ihre abgelöste Leibesfrucht, die völkische Freiheitspartei, keine parteimäßige Verantwortung mehr. Wir wollen uns also nicht bei den Mecklenburger Reiseden des Herrn v. Graefe aufhalten, in denen Herr Hergt als Gegner eine bedeutendere Rolle spielt als Herr Poincaré, und auch nicht bei der feststehenden Wasserfahrt der völkischen Dreimännergruppe, die keiner in seiner Nähe dulden will: durch die Bänke des Reichstages.

Aber die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ sind wohl beide deutschnationale Blätter, und Herr Wilhelm Ackermann und Herr Max Maurenbrecher sind beide führende Publizisten der deutschnationalen Partei. Trotzdem scheint die „Einheitsfront“ zwischen ihnen nur sehr mangelhaft hergestellt zu sein.

In der „Deutschen Tageszeitung“ stellt sich Herr Ackermann schüden vor die Regierung Cuno und erhebt Anklagen gegen die Sozialdemokratie, weil sie die von dieser Regierung geführte Einheitsfront störe. Diese Anklagen gründen sich in der Hauptsache auf einen Artikel des Pariser „Temps“, der seine schlechte Unterrichtung in deutschen Dingen verrät, indem er von den deutschen Arbeitern eine gewisse Unterstützung des Poincarismus erwartet. Herr Ackermann sagt u. a.:

Jede für Zeile fast zeigt sich in dem Artikel des „Temps“ die geistige Befruchtung seines Verfassers durch die sozialdemokratische deutsche Presse. Man erkennt das besonders deutlich an dem Versuch, den Gegensatz zur Industrie, der von ihr mit ihrem gewohnten politischen Instinkt bis in die jüngste Zeit hinein unterstrichen worden ist, für die französischen Pläne auszusprechen. Es sind Töne, die wir im eigenen Lande zu hören gewohnt sind, man der „Temps“ darauf hinweist, daß die Industrie beim Export zwar Wertung verdient, daß sie aber ihre Arbeiter in Papiergeld bezahle. Man erkennt an diesen Dingen wieder einmal, wie das Krebsgeschwür der inneren Hege den nationalen Abwehrkampf erschwert und beeinträchtigt, wie der gemeinsame Gegner seine Rechnung auf dem inneren Gegenstand aufbaut.

Kann Herr Ackermann etwa die Tatsache, daß die Industrie beim Export Wertung verdient und die Arbeiter in Papiergeld bezahlt, bestreiten? Und kann ein so ausgesprochenes Interessentenblatt wie die „Deutsche Tageszeitung“ der Arbeiterpresse einen moralischen Vorwurf daraus machen, daß sie die Interessen der Arbeiter vertritt und auf eine annähernde Angleichung der Löhne an die hochgetriebenen Preise für Agrarprodukte hindrängt? Was soll denn aus den arbeitenden Massen werden, wenn nur die Industriellen und die Agrarier das Recht haben sollen, ihre Gewinne zu erhöhen, während es den Arbeitern schon als „innere Hege“ verdächt wird, wenn sie für die Aufrechterhaltung ihres Existenzminimums einzutreten wagen?

Man sieht, daß Herr Ackermann zu den abenteuerlichsten Mitteln seine Zuflucht nimmt, um seine „nationale Einheitsfront“ zu schützen. Zur selben Stunde aber erscheint in der „Deutschen Zeitung“ ein Artikel Max Maurenbrechers, in dem sich folgende vielstimmige Sätze finden:

Der Reichsanwalt Cuno ist noch allzu sehr im Rebel Bethmannschen Denkens befangen. Nicht ohne Nachwirkung ist er in der ganzen Zeit, wo Bethmann Staatssekretär des Innern und Reichsanwalt war, unter den höheren Beamten des Reiches tätig gewesen. Wenn er dann mitten im Kriege in die Geschäftsleitung der Hamburg-Amerika-Linie übergetreten und damit noch persönlich in die Schule Balkins gekommen ist, so ist auch das gerade keine Vorbereitung, wie der deutsche Staatsmann der Gegenwart sie einzig brauchen kann.

Es wird dann gegen die Regierung Cuno der Vorwurf erhoben, daß sie bis zum letzten Augenblick auf die Wiederkehr der wirtschaftlichen Vernunft in Frankreich gewartet und „feinerlei Vorkehrungen getroffen habe, um Deutschland vor diesem Schlag zu schützen“. Das ist wohl der schlimmste Vorwurf, den man einer Regierung — und diesmal handelt es sich um eine bürgerliche Regierung — überhaupt machen kann.

Der Name Bethmann weckt ja sehr interessante und lehrreiche Erinnerungen. Bethmann war der Kanzler des Kaisers, der gepriesenen Monarchie. Als aber der Weltkrieg ausbrach, in dem Deutschland gegen die ganze Welt zu kämpfen hatte, wie war es denn damals mit der „Einheitsfront“? Gegen die vom Kaiser ernannte gar nicht demokratische und gar nicht parlamentarische Reichsregierung brach eine innere Hege los, die in der Geschichte ihres gleichen sucht. Herr Helfferich, der damals auch noch als hoher Reichsbeamter ganz und gar „im Rebel Bethmannschen Denkens befangen“ war, wird sich jener Vorgänge noch genau erinnern. Er sah ja als Staatssekretär im Reichstage neben Bethmann, als dieser mitten im Kriege vor den alldeutschen „Rätern der öffentlichen Meinung“ seine Flucht in die Öffentlichkeit ergriff.

Weil der konservative Herr v. Bethmann kein Ländereffreyer war, weil er sich den Ansprüchen der arbeitenden Massen auf Brot und Recht nicht völlig verschloß, darum stürmten die Deutschnationalen unter Führung einer hohen Generalität so lange gegen ihn an, bis er glücklich zur Strecke gebracht

war. Das war, mitten im Kriege, die „nationale Einheitsfront“.

Wenn jetzt Herr Cuno in deutschnationalen Blättern mit Bethmann in Parallele gestellt wird, wenn ihm der ungeheuerliche Vorwurf gemacht wird, er hätte das schwerste Unglück, das Deutschland seit Ludendorfs Waffenstillstandsbitte getroffen hat, den Ruhrreinmarsch, tatenlos an sich herantommen lassen, so erinnert man sich daran, daß Herr Hergt — übrigens auch ein Mann aus dem Bethmann-Rebel — erst vor wenigen Tagen auf dem deutschnationalen Parteitag in Pommern Herrn Cuno sein uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen hat. Was gilt nun? Wer hat recht, Hergt oder Raurenbrecher? Wo ist die nationale Einheitsfront? Und wo ist die Einheitsfront der Deutschnationalen?

Das Ermächtigungsgesetz.

Ein Teil der bürgerlichen Presse macht der Sozialdemokratie heftige Vorwürfe, weil sie in der geistigen Sitzung des Reichstages dem Ermächtigungsgesetz nicht zugestimmt habe. Die Sozialdemokratie trage damit die Verantwortung für etwaige Unannehmlichkeiten, die sich daraus für die Lage der gesamten Bevölkerung ergeben könnten.

Dagegen ist folgendes festzustellen: Die sozialdemokratische Fraktion hat ausdrücklich erklärt, daß sie, um sofortige gesetzgeberische Eingriffe zu ermöglichen, verlangt, daß der Reichstag zusammenbleibe. Damit werde das Ermächtigungsgesetz überflüssig. Lediglich der Wunsch der bürgerlichen Parteien nach Vertagung des Reichstages trägt also die Schuld daran, daß die von der Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen verzögert werden.

Das stellt sogar ein deutschnationales Blatt fest. Unter der Überschrift: „Versagen der bürgerlichen Mehrheit“ klagt die „Kreuzzeitung“ die bürgerlichen Parteien an, daß bei der Abstimmung des Ermächtigungsgesetzes von ihren 260 Abgeordneten nicht einmal 150 zur Stelle waren.

Schuld an einer etwaigen Verzögerung gesetzgeberischer Vorlagen der Regierung trägt nicht die Sozialdemokratie, sondern die Teilnahmslosigkeit der bürgerlichen Abgeordneten, die es ja auch durchsehen, daß sich der Reichstag gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten bis zum nächsten Donnerstag vertage.

Ein Sprengstoff-Prozeß.

Nachklänge zum mitteldeutschen Aufstand.

Leipzig, 18. Januar. (WZ.) Das Reichsgericht verurteilte nach siebenstündiger nichtöffentlicher Verhandlung den Arbeiter Schay, den Elektromonteur Menzel, den Maurer Wixdorf und den Schreiner Müller, sämtlich aus Halle, wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz, bei Wixdorf und Müller in Verbindung mit Beihilfe zum Hochverrat, zu je fünf Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten hatten während der Märzunruhen 1921 Sprengstoffpatentate gegen die Maschinenfabrik der „Saale-Zeitung“ und gegen das Postzeitschriftenbüro in Halle versucht. Die Beihilfe des Schay an der Sprengung des Bahnhofs und der Post in Limmendorf konnte nicht erwiesen werden.

Der „entartete“ Graf.

Auf seinem Schloß Dett bei Effen ist der rheinische Sonderbündler Reichsgraf Günther von der Schulenburg verhaftet worden. Er war einer der Leiter der rheinischen Separationsbewegung, welche die Rheinlande für Frankreich gewinnen wollte, und hatte sich nach Ausbruch der Differenzen zwischen der Sonderbündler Doret und Emeets unter französischer Schutz gestellt. Die Verhaftung konnte erfolgen, weil Schloß Dett in der Nähe von Neitwig auf unbefestigtem Gebiet liegt.

Hierzu werden uns noch interessante Einzelheiten mitgeteilt: Graf Schulenburg, ein Schwager des ehemaligen preussischen Hofmarschalls Grafen Büdler und Vetter des Fürsten Bülow, früher Vorstandsmittglied der rheinischen

Zentrumspartei, war vor etwa 15 Jahren wegen angeblicher Weisenschwäche entmündigt worden. Die psychiatrischen Gutachten bezeichnen ihn als einen „höheren Entarteten“, wozu auch der später in einem österreichischen Strafverfahren bestätigte Verdacht einer gewissen Reizung beitrug. Er kämpfte jahrelang ohne Erfolg um die Wiederaufhebung seiner Entmündigung, die auch einen politischen Charakter trug. Graf v. d. Schulenburg war mißliebiger geworden, weil er sich zur Kaiserzeit wiederholt in öffentlichen Versammlungen und Kongressen zu Regierungsaktionen von hervorragender Bedeutung in Widerspruch gesetzt hatte. So griff er die deutsche Reichsregierung wegen der Beteiligung am Chinafeldzug an, kritisierte im Jahre 1901 auf dem Kongress der Reichsparteien in Braunschweig abfällig die türkenfreundliche Haltung der Berliner Regierung, verurteilte scharf das Regiment des Sultans Abdul Hamid und warf sich zum Schutze der verfolgten Armenier auf. In den Entmündigungsgründen heißt es, daß die antipreußische Bestimmung des Grafen zur Familientribulation gehöre. Die Entmündigung hat den reichsfeindlichen Weisensgrafen Deutschland noch mehr entfremdet. Er ging vor dem Kriege mehrere Jahre nach Griechenland, hielt sich längere Zeit in Korfu auf, war bei der Kriegserklärung Italiens in Molland, wo er interniert wurde. Ob er heute noch als „höherer Entarteter“ gilt und etwa auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuches vor einem Hochverratsprozeß bewahrt wird, bleibt mit Interesse abzuwarten.

Graefes Siegeszug.

Gegen die „deutschnationalen Judenpartei“.

Die „Mecklenburger Warte“ feiert den völkischen Abgeordneten v. Graefe, der durchs Land zieht und überall der deutschnationalen Partei empfindliche Niederlagen bereitet. In Güstrow, Bismar, Schwerin hätten sich kaum noch vereinzelte Stimmen für diese Partei erhoben. In Rostock lehnte am 10. Januar eine von Tausenden besuchte Wählerversammlung die von den Deutschnationalen geforderte Mandatsniederlegung Graefes gegen vier Stimmen ab. Dem Bericht des völkischen Blattes zufolge beschäftigte sich Herr v. Graefe nur in wenigen Anfangssitzungen mit den Vorgängen im Ruhrrevier, dann wandte er sich gegen die Deutschnationalen, die er als „englische Postkitter“ bezeichnete und die, wie der Abg. Weiterhausen, jetzt schon erklärten, „nur durch das internationale Judenkapital könne der Ausbau Deutschlands erfolgen“. Die Hergt-Helferich-Gruppe unterscheidet sich heute in nichts mehr von Stresemann.

So wie die Deutschnationalen die traurige Lage Deutschlands dazu benützen, um gegenüber den anderen Parteien ihre Geschäfte zu besorgen, so tun das jetzt die Völkischen den Deutschnationalen gegenüber. Man wird immer mit dem gestraft, womit man gesündigt hat.

Nach kommunistischem Muster.

Das Organ der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die „Mecklenburger Warte“, meldet: „Auf dem Kreisereinstieg des Kreises 1b Bismar der Deutschnationalen Volkspartei wurde der Antrag, den Kreisverein aufzulösen und das Vermögen der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu überweisen, einstimmig genehmigt. Die stimmberechtigten Mitglieder beschloßen, ihre Ortsgruppen der Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei anzuschließen.“ So spaltet die Deutschvölkische Freiheitspartei nach Rostowiter Muster lustig draußos. Was dabei herauskommt, kann man in der Geschichte der kommunistischen Parteien in aller Herren Länder nachlesen.

Völkischer Schwindel.

Die „Deutsche Zeitung“ hat kürzlich mitgeteilt, daß die Beschlagnahme der zur Selbsthilfe auffordernden Flugblätter der Deutschvölkischen Freiheitspartei durch den Berliner Polizeipräsidenten nach einer vom Reichsminister des Innern erteilten Auskunft ungegültig sei. Hierzu ist festzustellen, daß im Reichsministerium des Innern eine solche Auskunft nicht erteilt worden ist, zumal keinerlei Veranlassung vorlag, die Rechtmäßigkeit der polizeilichen Beschlagnahme in Zweifel zu ziehen.

Fascismus, bald Revolution, bald Reaktion nennt, Bücher und Erpressungen, Raffgier und Hypermaterialismus — werden erst aufhören, wenn der Kalaputuro-Bagillus in uns ausgetobt hat.

lassen wir uns mit Geduld. Es geht uns nichts verloren. Eine naturwidrige Höherentwicklung ist ja laut Reyerling sowie ausgefallen. In allen Lebensstadien dieser entarteten Welt gegenwärtige man sich diese physikalische Ursache. Sie macht — abgesehen von ihrem ganz plausiblen Klang — die von allen Teufeln gerittene Zeit noch am erträglichsten.

Franz Schreier, der Dichterkomponist des „Schachgräber“, empfahl sich in der geistigen Aufführung der „Staatsoper“ nicht nur als Schöpfer von Dichtung und Musik, sondern er dirigierte auch selbst und stellte seine Gattin, die hochgeborene Maria Schreier, in der Hauptrolle der Elz zum ersten Male vor das Berliner Publikum. Das Werk ist unter den Neuaufführungen der letzten Saison das zugräftigste, dankbarste geblieben. Der Eindruck eines außerordentlich spannenden, theaterkräftigen Stückes verstärkt sich immer mehr. Unter der jetzt abgebrochenen Hand des Komponisten wurden die besonderen Tonreize der Partitur erst ganz sinnfällig; aus dem theatermäßig kräftigen Grundton hebt sich die ätherische Instrumentalfarbe ab wie Gold auf dunklem Grunde. Maria Schreier sang ihre Rolle nicht ohne Ermüdung. Wo sie sich über mit ihrer schönen, zarten Stimme emporrang, da spürte man die Menschheit Nähe dieser sensibel-erfüllten Frauenrolle wie nie zuvor. Ihr Spiel zudem, in allen Feinheiten auf die Partitur eingestimmt, gab der lebenden und leidenden Elz etwas märchenhaft Reines, Zwingendes, eines vom Schicksal Gezeichneten. Vielleicht fehlte noch eine letzte Zutat an glühender Dämonie, weil die Stimme den elementaren Schrei nicht hergibt. Die Unruh des Schlafes und aller verträumten Stimmungen aber liegt dieser musikalischen Frau bedeutend nahe. Das spürte auch ein gedrangtes Publikum und rief den Geist oft vor die Kompe.

Wie der Mont-Blanc-Tunnel verlaufen wird. Der neue französisch-italienische Tunnel, der durch den Mont Blanc hindurchführen soll, wird die großartigste Ingenieurlistung darstellen, die der Menschheit bisher gelungen ist. Er wird etwas Ähnlich von dem Gipfel gelegt werden. Bis Der wird die Linie dieses sein wie die, die jetzt den Touristen von Boris direkt nach Chamonix führt, und zwar bleibt Gens nördlich liegen, da die Linie ganz auf französischem Gebiet gehalten werden soll. Von Sallanches bis zu dem Beginn des Tunnels steigt die Eisenbahn immer schneller in die Höhe, indem sie am linken Ufer der Arve emporsteigt. Für diese Sirede sind sieben neue Tunnel und sechs Brücken vorgelesen, um die rasenden Strömungen des Flusses und die sich verschiebenden Felsenmassen zu überwinden. Der Haupttunnel, der durch die Kette der Zentralalpen hindurchgeht, führt in das Gebirge hinein oberhalb des kleinen Dorfes Houches, bei dem das Tal von Chamonix beginnt. Die übliche Öffnung soll an einer Stelle austreten, die als „ein wenig unterhalb Courmayeur“ angegeben wird. Von Courmayeur aus bleibt für die Eisenbahnstraße nur der eine Weg durch das Tal der

Erneutes Verbot der Kohlenlieferung.

Essen, 17. Januar. (WZ.) Bei den Zechenbesitzern sind heute folgende Telegramme des Reichskohlenkommissars eingegangen:

Ich bestätige hiermit meine heutige Drahtung. Unter Bezugnahme auf die Besprechung der französischen industriellen Ruhrkommission mit den Zechenbesitzern verbiete ich mit Rücksicht auf den französisch-belgischen Einbruch besonders ausdrücklich die Lieferung von Kohle und Koks an Frankreich und Belgien auch für den Fall der Bevorschussung oder Bezahlung durch diese Staaten.

Ich mache ergebenst darauf aufmerksam, daß Zuwiderhandlungen gegen meine Ihnen vorstehend bekanntgegebene Anordnung nach § 7 der Bekanntmachung über die Bestellung des Reichskohlenkommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (RGBl. 193) mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

Reichskohlenkommissar, gez. Stuh.

Aus Reichstagsausschüssen.

Um die Krankenkassen.

Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik wurde die Frage der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen erörtert. Gehilfenrat Spielhagen (Reichsarbeitsministerium) forderte, daß die Krankenkassen in größerem Umfang als bisher Geldleistungen an die Stelle der Sachleistungen stellen lassen müßten. Eine Verständigung über die Frage der Kassenärzte oder Verzie-neumahlen müßte endlich gefunden werden, ohne daß eine wesentliche Verschlechterung der Lage der Kassenmitglieder dadurch eintrete. — Ministerialdirektor Grieser (Arbeitsministerium) erklärte sich bereit, in eine grundsätzliche Erörterung der einzelnen Maßnahmen einzutreten und nach deren Ergebnis eine Vorlage auszuarbeiten. — Es folgte eine informatorische Rücksprache mit Vertretern der Krankenkassen, der Berufsvereinigungen und Verzie-

Das Reichsschulgesetz.

Der Bildungsausschuß hat die beiden letzten Paragraphen des Reichsschulgesetzes, § 16 und § 17, die sich auf Anstalten und Schulen für den Unterricht blinder, taubstummer, schwerhöriger, sprachleidender, schwachsinziger, krankhaft veranlagter, sittlich gefährdeter oder verkrüppelter Kinder die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung finden sollen. Nach längerer Aussprache wurde die Regierungsvorlage unter Streichung der Worte „schwerhöriger, sprachleidender“ angenommen. — § 17 ist vom Reichsrat neu eingefügt worden, ohne daß die Reichsregierung ihm zugestimmt hätte. Er sieht vor, daß die Mehrkosten, die den Ländern und Gemeinden durch dieses Gesetz entstehen, zu zwei Dritteln vom Reiche erstattet werden. Die Entscheidung über das Schulgesetz wurde bis zum Erlaß des Bundesgesetzergesetzes vertagt.

Ausbreitungen der Besatzungstruppen.

Eine Denkschrift der Reichsregierung.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag auf dessen mehrfache Wünsche eine Denkschrift über die Ausbreitungen der Besatzungstruppen im besetzten rheinischen Gebiet zugehen lassen. Die Denkschrift umfaßt 300 Blätter. Mehr als die Hälfte, nämlich 170, beziehen sich auf Sittlichkeitsdelikte und je 65 auf vorläufige Tötungen und Mißhandlungen. Das in der Denkschrift mitgeteilte Material beruht ausnahmslos auf amtlichen Berichten, die einer wiederholten Nachprüfung unterzogen wurden. Es ist der Regierung leider nicht möglich gewesen, jede einzelne Ausbreitung der Besatzungsbehörden zur Kenntnis der deutschen Öffentlichkeit zu bringen. Die Denkschrift der Regierung beschränkt sich daher nur auf die schwersten Fälle. Nicht erwähnt sind z. B. die zahlreichen Fälle von Verhaftungen, denen die Frauenwelt ausgelegt ist, von Rohheitsdelikten, die einen glimpflichen Ausgang genommen haben, sowie die vielen Fälle, in denen Deutsche durch Fahrlässigkeit von Besatzungsangehörigen zu Tode oder zu Schäden gekommen sind. Empörend ist, daß in den meisten Fällen und insbesondere da, wo es sich um Sittlichkeitsdelikte handelt, die Täter zu meist nicht ermittelt oder dann nur zu ganz geringfügigen Sittlichkeitsdelikten auf das Konto der schwarzen Truppen zu setzen. Ein Einblick in die Denkschrift ergibt, daß die Verwendung schwarzer Truppen in Europa eine unenischuld bare Kulturwidrigkeit ist.

Dora Baltea bis zu dem Ort Kojsa auf italienischem Boden. Zur Anlage dieses großartigen Unternehmens sind bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die Technik hat sich seit der Durchführung ähnlicher Bauten, seit der Eröffnung des Rioni-Cenis-Tunnels im Jahre 1871 und des Simplon-Tunnels 1906 sehr vervollkommen, und man hofft den Bau innerhalb von fünf Jahren zu vollenden, wenn nicht die Franzosen während dieser Zeit zu viel anderes zu tun haben.

Sonnenscheinautograph. Der Unterschied in der täglichen Dauer des Sonnenscheins ist für die verschiedenen Länder Europas ganz beträchtlich; während Schottland nur drei Stunden täglichen Sonnenschein im Jahresdurchschnitt aufweist, hat Deutschland viereinhalb, Frankreich fünfeneinhalb und Spanien sogar sieben bis acht Stunden Sonnenscheindauer. Es war bisher sehr mühsam, die tägliche Dauer des Sonnenscheins zu messen und zu registrieren. Neuerdings ist aber ein Instrument konstruiert worden, das diese Arbeit mechanisch ausführt und daher überall auf den meteorologischen Stationen benutzt wird. Dieses Instrument, das den Namen „Sonnenschein-Autograph“ führt, besteht aus einer auf einem Gestell ruhenden Glasglocke, welche die bekannte Eigenschaft hat, alle auftretenden Lichtstrahlen auf einen Punkt, den Brennpunkt, zu konzentrieren. In der Entfernung des Brennpunktes ist nun zweidimensional ein Streifen weißen Kartons angebracht, der mit logarithmischen Stundenlinien markiert ist. Der Autograph ist so aufgestellt, daß sein Brennpunkt bei Aufgang der Sonne auf die Anfangsline des Streifens fällt. Während der Dauer des Tages rückt nun der Brennpunkt immer weiter auf dem Streifen vor, er erreicht Mittags 12 Uhr den Höhepunkt und ist bei Sonnenuntergang bei der letzten Markierlinie des Streifens angelangt. Durch die Höhe, die die konzentrierten Sonnenstrahlen im Brennpunkt hervorrufen, wird der Kartonsstreifen angefangt; tritt nun im Laufe des Tages eine Wolke vor die Sonne, so hört natürlich diese Hitzwirkung auf, da sich dann kein Brennpunkt bildet; der Papierstreifen bleibt also an diesen Stellen weiß. Rührt man nun am Abend den Streifen ab, so kann man ohne weiteres an der eingebrannten Linie und an den gebliebenen Wälen ablesen, zu welchen Stunden des Tages die Sonne geschienen hat und zu welchen nicht.

Das Institut für Sexualwissenschaft hat eine Eugenijsche Abteilung für Mutter und Kind in den Zeiten 9a und 10 eingerichtet.

Kuboff v. Sabau, der bekannte Tanzpädagoge, hat für Tanz und tänzerische Gymnastik Vorbereitungsstufe in Berlin, Schöneberger Ufer 33, eingerichtet.

Die zweite Tanzmatinee Nibelungen findet am Sonntag, mit 11½ Uhr, in der Großen Volksoper statt.

Ein Kunstwerk aus der Steinzeit. Eine der ältesten Steinzeit entkommene, etwa 15 Zentimeter hohe Figur, die aus dem Eisenstein eines Kammstahns geschnitten ist, wurde kürzlich in einer Grotte in Lapugno in französischem Departement Haute-Savoie gefunden. Die Statue ist eine Frau dar und steht nach dem Urteil Sachverständiger auf ein Alter von 20 000 bis 60 000 Jahre zurück.

Kosmische Grippe.

Von Bruno Manuel.

Außergewöhnliche Zeiten, an die kein außergewöhnlicher Maßstab gelegt wird, verdienen nicht außergewöhnlich zu sein.

Der gewöhnliche Maßstab ist geläufig: die Erwartungen der Zeit sind das Resultat menschlich-geistiger Entartung. Wir haben uns damit abgefunden, aber dem Porträt der lebenden Generation den Satz zu lesen: Der Mensch ist schlecht!

Das außergewöhnliche Urteil hätte zu lauten: Der Mensch ist gut! Das will mit dem Maßstab physikalischer Beurteilung nachgemessen werden. Dazu muß man die ultramaterialistische Brille absetzen — sofern sie einem nicht hinter den Ohren festgewachsen ist. Dazu muß man aus dem Seelenwärmer subjektiver Anschauung steigen — sofern er nicht zu unwillkürlichen Epidermis geworden ist.

Dann kann man behaupten: Die Menschen schlechter Zeiten brauchen keine schlechten Menschen sein. Unsere Philosophen, an die wir glauben, meinen: Menschlicher Wille wird physikalisch beeinflusst. Machen wir uns das Leben leicht! Schieben wir alles einem unsichtbaren Fatum in die Schuhe! Weg mit dem Bleigewicht eigener Verantwortung!

Ich behäbe die Kühnheit, zu erklären: Auf dem Planeten Alpa im Sternbild des Büren ist vor dreitausend Jahren der heimtückische Vulkan Kataputuro zerplatzt. Seine scheußlichen Gase sind von der Substanz des Nethers mit Vergnügen geschluckt worden. Das ging soweit ganz gut. Bis unsere Erde im Jahre des Unheils 1914 aus unbekannten Motiven die Zunge austreckte und von den entarteten Partikeln einige in die Atmosphäre zog. Damit hat sie die Menschheit vergiftet; und die Menschheit hat die Zeit vergiftet.

Die Staatsmänner der Welt können untereinander nicht einig werden, solange nicht das Mittel erfunden ist, sich und uns von der kosmischen Grippe zu kurieren. Die Kataputuro-Atome dieser zudringlichen Alpa reizen fortwährend die Schleimhäute sämtlicher Säugtiere auf Erden. Sie erdrosseln sich, bei dem vornehmsten Säugtier, also dem Menschen, ins Gehirn vorzubringen; in der Zentrale unserer Willens- und Charaktereigenschaften alles auf den Kopf zu stellen; die Armeen unserer undisziplinierten Demotroikale gegen uns zu mobilisieren.

Wir sind infiziert vom Kosmos; müssen sämtliche Stadien dieses ätherischen Schnupfens ratlos über uns ergehen lassen. Es bleibt uns nichts erspart. Der einzige Trost mag sein: Wegen das außerirdische Uebel helfen keine Spritzen studierter Männer; keine Sprüche spiritistischer Gesundbeter; keine Milliarden sinnvoller Herkünste; keine Opfer hingebungsvoller Kurpfänder.

Ideen und Taten, die den Rahmen friedfertiger Gemeinschaft sprengen und die der Mensch unzulänglich bald Bolschewismus, bald

Sämtliche Ruhrbahnhöfe besetzt.

Essen, 18. Januar. (WZ.) Bis 11 Uhr vormittags liegen keine Nachrichten vor, daß die gestern abend von französischer Seite angeordnete Beschlagnahme von Eisenbahnwagen und Schlepptrommeln sowie der Zechen ausgeführt worden wäre. Vorbereitungen dazu sind offensichtlich im Gange. Bei der Eisenbahn werden nach und nach sämtliche Bahnhöfe militärisch besetzt und Bureaus angefordert, die von französischen Beamten besetzt werden. Auch verlangen die Besatzungsbehörden von der Eisenbahn allerhand statisches Material über den Zugverkehr der letzten Tage, insbesondere darüber, wohin die aus dem Ruhrgebiet kommende Kohle gegangen ist. Von den Wasserstraßen wird gesagt, daß die französischen Behörden die Umstellung von Schiffsraum seit heute vornehmen und durch Befehle die Verschiffung von Kohle, die unterwegs ist, nach von ihnen angegebenen Orten zu erzwingen suchen.

Forderungen der englischen Handelskammern

London, 18. Januar. (E.) Gestern fand eine Sitzung der Vereinigung der englischen Handelskammern statt, die folgende Bedingungen aufstellte: 1. Gewährung eines Moratoriums für Deutschland. 2. Sofortige Festsetzung der Höhe der Reparationssumme. 3. Einigung unter den Alliierten über die Rückzahlungsmodalitäten. 4. Festsetzung des eventuellen Zinsfußes. 5. Gewährung einer internationalen Anleihe für Deutschland ist nicht unbedingt notwendig. Es müssen erst Garantien für die Amortisierung und die Zinszahlung geschaffen werden. Eine Ein- und Ausfuhrsteuer soll in Gold erhoben werden, ebenso eine internationale Kontrolle der deutschen Wäse. 6. Die militärische Besetzung muß eingestellt werden, sobald es die Sicherheit der Alliierten gestattet.

Italienische Unzufriedenheit.

Rom, 18. Januar. (WZ.) Die heutige Abendpresse verurteilt einstimmig die Ausdehnung der militärischen Aktion Frankreichs im Ruhrgebiet. „Giornale d'Italia“ schreibt: Das französische Vorgehen ist nichts anderes als die Verletzung fremden Gebietes mitten im Frieden, und die Deutschen haben vollkommen recht, wenn sie behaupten, daß Frankreich auf Grund des Friedensvertrages nicht berechtigt ist, aus eigener Initiative und ohne ein vorheriges Abkommen mit allen anderen Signatarmächten Umstände zu schaffen, welche die Lage Europas ernstlich bedrohen. „Corriere d'Italia“ sagt in ähnlicher Beforgnis, daß Frankreich entgegen seinem Versprechen der Ruhrkontrolle einen vorwiegend militärischen Charakter gebe. Mussolini habe zwar dagegen protestiert. Aber der Inhalt der französischen Antwort sei noch unbekannt. „Epoca“ schildert, wie die Ingenieurkommission vor allem den Militärbehörden untersteht, und meint dazu, Italien habe kein Interesse, die wirtschaftliche und politische Hegemonie Frankreichs in Europa zu fördern. „Tribuna“ bedauert, daß entgegen dem Versprechen Frankreichs der Vormarsch im Ruhrgebiet vollständig den Charakter verloren hat, den Mussolini als Vorbedingung seiner Zustimmung festgelegt hatte. Frankreich habe seiner Expedition einen vorwiegend, wenn nicht ausschließlich militärischen Charakter gegeben. Es sei daher logisch, daß Italien Frankreich keine weitere Gefolgschaft leiste. Auch müßten gegen eine weitere Ausdehnung der Besetzung Bedenken verschiedener Art ausgesprochen werden. Auch die „Ober Nazionale“ ist der Ansicht, daß das französische Vorgehen der letzten Tage wiederholt ist. Italien aber werde weder durch Deutschland noch durch Frankreich eine tatsächliche Abänderung des Friedensvertrages zulassen, sondern seine eigene Auffassung in Paris und London verteidigen.

Sozialistischer Protest in Belgien.

Brüssel, 18. Januar. (Eca.) Der Minister des Innern hat gestern vor der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Senats einen Bericht über die Besetzung der Ruhr gegeben. Die Sozialisten protestieren gegen das Verfahren Frankreichs und Belgiens und drücken ihr Bedauern aus, daß die alliierten Regierungen keine anderen Maßnahmen gefunden hätten, als diese Zwangsmaßnahmen.

Rückzug der Litauer?

Wie die P. P. N. melden, ziehen sich die litauischen Freischärlertruppen in der Hauptsache aus Memel zurück; in der Stadt Memel haben sie nur noch einige Posten zurückgelassen. Es hat sogar den Anschein, als ob sie das ganze Memelland wieder verlassen wollten.

Die Orientverhandlungen.

Paris, 18. Januar. (WZ.) Heute nachmittag findet am Quai d'Orsay eine wichtige Beratung in der Orientfrage statt, an der der zweite Delegierte Frankreichs auf der Konferenz in Lausanne, Bompard, und Vertreter des Finanz- und Handelsministeriums teilnehmen werden. Es soll dabei eine endgültige Form für die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages mit der Türkei gesucht werden. Nach dieser Beratung wird eine Zusammenkunft mit je einem Wirtschaftsminister aus Italien und Englands stattfinden, die mit Botschafter Bompard aus Lausanne in Paris eingetroffen sind.

Kommunistische Fälschermaler. In ihrer Antwort auf unseren gestrigen Artikel über die russische Außenpolitik schreibt die „Rote Fahne“ uns den Satz zu: „Ein Bündnis mit Sowjetrußland müsse der Arbeiterbewegung den schlimmsten Schaden zufügen.“ Dieser Satz ist eine glatte Fälschung der „Roten Fahne“, die sich diese Worte aus den Fingern gesponnen hat. Im übrigen zeigt der Artikel von einer tödlichen Verlegenheit des kommunistischen Zentralorgans, das auf unsere Ausführungen nur mit hilflosem Gestammel antwortet.

Devisenkurse.

	18. Januar		17. Januar	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländischer Gulden	9077.25	9122.75	7221.90	7258.10
1 argentinische Papier-Peso	8548.57	8591.43	6907.98	6942.08
1 belgischer Frank	1896.50	1403.50	1122.18	1127.82
1 norwegische Krone	4230.87	4260.63	3351.60	3398.40
1 dänische Krone	4513.68	4563.32	3681.02	3698.98
1 schwedische Krone	6174.52	6205.48	4887.75	4912.25
1 spanische Mark	568.57	571.48	451.80	454.16
1 japanischer Yen	11072.25	11127.75	8778.—	8822.—
1 italienische Lire	1107.22	1112.78	892.78	897.22
1 Pfund Sterling	106732.50	107287.50	94787.50	95212.50
1 Dollar	22967.43	23082.57	18154.50	18245.50
1 französischer Franc	1326.17	1333.83	1290.91	1248.09
1 brasilianischer Milreis	2569.50	2583.44	2034.90	2045.10
1 Schweizer Franc	4292.22	4320.78	3421.42	3488.58
1 spanische Pseta	3571.05	3588.90	2882.90	2817.10
100 österr. Kronen (abg. K.)	159.60	160.40	24.18	24.82
1 tschechische Krone	623.42	631.58	507.72	510.28
1 ungarische Krone	—	—	6.03	6.67
1 bulgarische Lewa	144.63	145.37	114.71	115.29
1 jugoslawischer Dinar	—	—	168.50	164.41

Wenn der Hauswirt nicht zahlt.

Wenn ein Hauswirt die für sein Haus erforderlichen Ausgaben nicht leisten will oder kann, dann müssen — leider! — die Mieter es büßen. In letzter Zeit haben die Werte der Stadt sich genötigt gesehen, vielen ihrer Abnehmer die schon lange üblich gewesenen Rationen zu erhöhen. Ist ein Hauswirt mit der Zahlung des Wasser- oder Gasgeldes im Rückstand geblieben oder hat das Haus den Eigentümer gewechselt, so fordern die Werte der Sicherheit halber eine höhere Kautions, die dem jetzigen Geldwert mehr entspricht. Besonders die in Berlin sich mehrenden Verkäufe von Häusern an Ausländer haben bewirkt, daß die Werte vielfach zu Rationserhöhungen schreiten mußten. Nicht selten wird die Zahlung einer höheren Kautions verweigert, worauf zunächst Mahnung erfolgt, bei weiterer Zahlungserweigerung aber die Zuführung von Gas und Wasser abgeschnitten wird. Die Entrüstung der Mieter solchen Hauses ist begreiflich, zumal wenn sie selber pünktlich ihre Mieten samt den Ankeren an den Untkosten bezahlt haben. Namentlich die Abschneidung der Wasserzufuhr ist im höchsten Grade bedenklich, weil sie den Bewohnern des Hauses die Gesundheit schädigen und bei Ausbruch eines Feuers sie in Lebensgefahr bringen kann. Aber auch die Abschneidung der Gaszufuhr bringt die Hausbewohner in arge Bedrängnis, so daß man wünschen muß, sie vor einer solchen Maßregel bewahrt zu sehen. Wegen Nichtzahlung der geforderten Kautions kann die Gas- und Wasserzufuhr auch dann abgeschnitten werden, wenn der Gas- und Wasserverbrauch des Hauses bisher stets pünktlich bezahlt worden ist. Mitteilungen über Gas- und Wasserperren, die auf solche Weigerungen der Hauswirte, höhere Kautions zu zahlen, zurückzuführen waren, sind uns mehrfach zugegangen. Es ist uns unmöglich, alle Fälle einzeln zu besprechen. Die Mieter sollten in jedem Fall schleunigst beim zuständigen Amtsgericht beantragen, durch einstweilige Verfügung den Hauswirt an die Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten zu mahnen. Allerdings sind die Gebühren für einen Anwalt, falls ein solcher in Anspruch genommen werden muß, jetzt so hoch, daß sie vielleicht sogar den Betrag der ganzen Kautions für ein kleineres Haus übersteigen könnten.

Nicht alltäglich ist das Verfahren, das der Eigentümer des Hauses beschlagnahmt. Herr Plaga, gegen seine Mieter angewendet hat. Zwischen ihm und dem im Hause gewählten Mieterausschuß, den er nicht anerkennt, bestanden Meinungsverschiedenheiten über das Recht, die auf die Mieter umgelegenen Ausgaben an Hand der Rechnungen zu prüfen; daher verweigerten die Mieter einwilligen die Zahlung der Umlage. Auch wegen des Zeitpunktes der Entgegennahme der zum 1. Januar fälligen Miete kam es zu Differenzen, und als Herr Plaga dann am Vormittag des 9. Januar die Ablieferung in seinem Geschäftsbüro in der Raminstraße bis zum Nachmittag um 3 Uhr forderete, blieben die meisten Mieter aus. Am 16. Januar sperrte Herr Plaga die Wasserzuführung ab und schrieb unter Hinweis auf die Nichterledigung der Umlage den Mietern, er habe, weil die Wasserrechnung schon überfällig sei und er noch Wasserabrechnung zahlen solle, zu dieser „Zwangsmäßigkeit“ gezwungen. Als die Mieter selber die Wasserzuführung wieder in Gang brachten, ließ der Wirt am 17. Januar die Wasserzufuhr abnehmen, und als die Wasserwerkverwalter diese nach Herbeiführung von Polizei wieder einsetzte, ließ er sogar das Wasserrohr durchschneiden, so daß die Wasserzuführung unmöglich wurde. Das muß wirklich ein eigenartiges Vergnügen sein, in solchem Hause zu wohnen!

Der Mord in der Bayreuther Straße.

„Der Amerikaner wird gemacht.“

Der Raubmord, dem in der Nacht zum 11. d. M. in der Bayreuther Str. 33 der amerikanische Staatsbürger Kaufmann Robert Nowak zum Opfer fiel, ist durch die Mordkommission aufgeklärt worden.

Die Spuren, die die Mordkommission fand, lenkten den dringenden Verdacht auf einen 28 Jahre alten Norman aus New Castle in England, dessen Geliebte Mariha Marianstli aus Gelsenkirchen, einen 27 Jahre alten Bittel Müller, der sich auch Biezjinski nennt und dessen Geliebte, eine Margarete Müller aus Charlottenburg. Der Verdacht hat sich jetzt in vollem Umfange bestätigt. Die Marianstli und Jelin sind bereits im Gewahrsam. Beide leugneten anfangs hartnäckig, legten aber endlich das Geständnis ab, daß sie bei dem Verbrechen beteiligt gewesen sind bzw. davon gewußt haben. Müller und Margarete Griefer sind noch flüchtig. Die beiden Ausländer sind in Deutschland planmäßig auf Verbredchen ausgegangen und haben wahrscheinlich noch viel mehr auf dem Kerbholz, als man bis jetzt weiß. Auf ihre Rechnung kommt sicher schon in Berlin ein früherer Chloroformfall auf einen Deutsch-Amerikaner und die Ausplünderung eines Mannes in Braunlage. Mariha Marianstli wurde ergriffen, als sie in Reddinghausen ihre Mutter besuchte. Zunächst bestritt sie alles und behauptete, erst unterwegs von dem Tode Nowaks gehört zu haben. Jelin sei nach Paris weitergefahren. Unterdessen lief bei dem Polizeipräsidium eine Depesche ein, daß Jelin in Paris in einer amerikanischen Zeitung von dem Verbrechen an Nowak und dem Verdacht, der auf ihn falle, gelesen habe. Er stelle sich als Zeuge zur Verfügung und werde nach Berlin kommen. In der Tat erschien er gestern mit ungewöhnlicher Dreistigkeit bei der Kriminalpolizei, verlog sich über den Tod seines besten Freundes Nowak und wies jeden Verdacht, an dem Verbrechen beteiligt zu sein, entschieden zurück. Von der Verhaftung seiner Geliebten Marianstli hatte er keine Ahnung und erklärte sich bereit, sie sofort zu suchen.

In den Auslagen der Marianstli und Jelin hatten sich nun schon erhebliche Widersprüche gezeigt. Jelin wurde zunächst abgeführt und seine Geliebte von neuem verhört und diese legte ein umfassendes Geständnis ab, das Jelin schwer belastete. Dieser blieb zunächst noch beim Leugnen. Endlich mußte aber auch er sich zu einem Geständnis bequemen. Wie er sagt, lernte er Nowak auf der Ueberrfahrt kennen, und Müller erklärte, „der Amerikaner wird gemacht“. Bei einer Zusammenkunft, bei der sich Nowak mit Jelin, der Griefer und Müller getroffen hatte, botte die Griefer dem Amerikaner Slopelamin in den Kaffee getan. Zu Hause legte sich Nowak auf die Chaiselongue. Jelin nahm nun den Schlüssel und holte Wasser heraus. Als er zurückkam, lag Nowak halb ausgezogen bereits auf dem Bett. Müller hielt ihm noch ein Krüschchen unter die Nase, bezog das Kissen mit dem Rest der Flüssigkeit und legte es Nowak auf den Kopf. Dann plünderten sie den Verdächtigten aus.

Mordprozess Reifer.

In der heutigen Vormittagsverhandlung wurden die Sachverständigen vernommen. Gehimes Medizinalrat Dr. Hoffmann, welcher den Angeklagten Passarge beobachtet hat, bekundet, daß dieser ein erblich schwer belasteter Mensch sei. Der § 51 komme bei ihm nicht in Frage. Frau Spanier sei eine nervöse und fränke Person, bei der ebenfalls ein Strafausschließungsgrund nicht vorliege. Sanitätsrat Dr. Juliusburger hat als Leiter des Sanatoriums Schlagschnee die Angeklagte Spanier vor längerer Zeit behandelt. Sie sei nicht im Vollbesitz ihrer Geisteskräfte.

Hierauf wird die Pensionarin Frau Schwedt vernommen. Sie bekundet folgendes: In derselben Nacht, in der der Mord passiert sei, sei zwischen 12 und 1 Uhr in ihrem Pensionat von Slangel oder von Passarge — genau wisse sie nicht mehr, wer von beiden es gewesen war — erzählt worden, daß in der Steglitzer

Straße ein Mord passiert sei. Es wurde hierbei auch der Name Reifer genannt. Der Name der Frau Spanier, die damals als Frau Dr. Stein auftrat, sei auch öfter in ihrem Pensionat genannt worden. Persönlich habe sie diese Frau E. nicht kennen gelernt. Die Zeugin ist, wie sie weiter erklärt, von Kriminalkommissar Trettin feinerzeit festgenommen worden und hat fünf Tage unschuldig in Untersuchungshaft gesessen. Sie war dabei, als der Angeklagte Passarge von dem Kommissar Trettin vernommen wurde. Die ganze Vernehmung sei von dem Kommissar Trettin in einem sehr scharfen Ton geführt worden. Rechtsanwältin Bahn fragte die Zeugin, ob es richtig ist, daß eine gewisse Abroweit, die bei ihr gewohnt hat, ihr erzählt hat, sie wisse, daß an der Reifer-Sache eine Frau beteiligt sei. Dies sei aber nicht Frau Spanier. Sie, die Abroweit, halte es lieber mit den in Freiheit befindlichen Personen, von denen mehr zu hören sei? Die Zeugin Schwedt erklärt, daß sie sich ihrer nicht mehr erinnern könne. Die Vernehmung der Zeugin Schwedt zieht sich bis in die Mittagsstunden hin.

Zum Waffensund im Hauptverwaltungsamt. Im Anschluß an unsere Mitteilungen zu diesem Gegenstand in Nr. 530 vom 21. November und Nr. 573 vom 5. Dezember 1922 wird uns vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß eine nochmalige amtliche Nachprüfung der Angelegenheit keinerlei Inhalt dafür ergeben hat, daß von dem Vorhandensein der 6 Gewehre dem Direktor von Wipleben und dem Amtmann Marbach etwas bekannt gemeldet ist.

Die Margarinerzeugung Berlins sichergestellt. Die Nachricht, daß die Rheinischen Margarinerfabriken vorläufig die Lieferungen eingestellt haben, weil die Franzosen angeblich Sendungen noch hier nicht mehr durchlassen, ist vollständig unzutreffend. Es ist nichts davon bekannt geworden, daß einige rollende Sendungen von den Franzosen angehalten seien. Am ersten Tage der Besetzung des Ruhrgebiets sind nur einige geringe Verteilungsaktionen eingetreten. Die Versorgung Berlins mit Margarine ist dadurch aber in keiner Weise gefährdet, da sich in Berlin selbst einige Margarinerfabriken befinden und die auswärtigen Fabriken, die die Belieferung Berlins vorzugsweise durchführen, in ununterbrochener Weise fortfahren, Berlin zu versorgen.

Die Frau im Wirtschaftsleben. Um die Stellung der Frau zu untersuchen, findet im Rahmen der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätschule ein Vortrag statt: „Die Frau im Wirtschaftsleben“. Er beginnt Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Sophien-Anzeiger, Weinmeisterstr. 16/17. Hörerkarten (zum Preise von 50 M. für Arbeitslose unentgeltlich) werden im Bureau der Betriebsrätschule, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1 Tr., ausgegeben. Lehrberatungs-Sprechstunden Montags und Freitags von 4—7 Uhr.

Eine schwarze Affenmappe mit wichtigen Akten hat ein Angestellter des Volks-Feuerbestattungs-Vereins Groß-Berlin, Chausseestraße 63, am Sonntag, den 14. d. M., abends 12 Uhr, in einem Zuge Lichtenberg-Friedrichsfelde liegen lassen. Der Finder wird gebeten, doch wenigstens die für den Berliker Umersehenden Akten zurückzugeben.

Die Mincumführungen der Humboldt-Hochschule werden am Sonnabend, den 20. Januar, nachmittags 5 Uhr, durch einen Vortrag in der Aula des Realgymnasiums, Georgenstr. 20/31, eingeleitet werden. Es wird ein ganz neuer, neuartiger, moderner, vornehmlich durch die Bearbeitung und Herstellung von Triebwerken von der roten Haut bis zum letzten Detail herstellt. Es ist das erste, das ein derartiger Film einer größeren Publikumsschicht vorgeführt wird. Daraus schließt sich ein Vortrag über Parawesen an, den Herr Oscar Wache unter Vorführung einer reichhaltigen Bilderammlung, bestehend in Eisen und Plakaten, halten wird. Bei dieser Gelegenheit werden auch die Einrichtungen der öffentlichen Ausstellungen im Reichspatentamt ausführlich geschildert werden.

Die 45 Opfer der Donnermarkt-Hütte.

Das amtliche Untersuchungsergebnis über das Grubenunglück.

Die amtliche Untersuchung des Grubenbrandunglücks, das sich am 10. Januar auf der Abwehrgrube der Donnermarkt-Hütte in Rickultsch bei Hindenburg in Oberschlesien ereignete, hat nach amtlichen Mitteilungen bisher folgendes ergeben:

In der Grundstrecke des Hugaflözes (des obersten der dort abgebauten Flöze) wird die Förderung in Hügen durch Benzolmotive bewerkstelligt. Am Abend des 10. Januar trat ein Defekt an einer Benzolmotive ein, wobei die Leitung vom Benzolbehälter zum Vergaser abriß. Das ausfließende Benzol wurde wahrscheinlich durch Funken der sich rotierenden Metallteile, — also nicht, wie ursprünglich in einem Teil der Presse angegeben, durch Gebrauch offenen Lichts — zur Zündung gebracht. Dadurch wurde ein Streckenbrand hervorgerufen, der sich auf die Kohle übertrug. Die entstehenden Brandgase zogen in ein nahees Abbaufeld, in dem 47 Mann arbeiteten. Nur zwei konnten sich durch die Flucht retten; drei weitere konnten als Leichen geborgen werden. Die Lösungsarbeiten, die in der Grundstrecke unverzüglich aufgenommen wurden und bis zum 13. fortgesetzt wurden, sind ohne Erfolg geblieben. Ein Herankommen an die eingeschlossenen Leute von den benachbarten Hügen erwies sich als unmöglich. Als dann die notwendigen Aufräumungsarbeiten durchgeführt wurden, hatte der Brand bereits auch auf das Nachbarflöz übergegriffen. Da es nach übereinstimmendem Urteil aller an der Untersuchung Beteiligten ausgeschlossen ist, daß noch einer der 42 eingeschlossenen sich am Leben befindet, so hat man sich am 14. Januar entschlossen müssen, das Brandfeld allseitig abzukämmen. Ein Öffnen der Brandwände kann erfahrungsgemäß erst nach längerer Zeit in Betracht gezogen werden. In der Untersuchung haben außer Vertretern der Zechenverwaltung und des Betriebsausschusses mehrere Mitglieder des Oberbergamtes Breslau sowie der Anstaltsausschuß der Grubensicherheitskommission Westfalen teilgenommen. Außerdem hat der Leiter des Grubensicherheitsamtes im Handelsministerium die Grube besahren.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kälter, zeitweise heiter, aber noch überwiegend bewölkt und etwas neblig bei mäßigen, zwischen Nord- und Ost schwankenden Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Zur Nachahmung empfohlen!

Von der verhältnismäßig kleinen Abteilung 111 (Bohnendorff), sind auf 10 Sammelblättern 58 298 M. gesammelt worden. — Darunter auf Liste Nr. 1859 allein 51 000 M., worüber hiermit dankt wird. — Allen Zeichnern hierdurch besten Dank!

Alex. Pagels.

Jungfernküchen. Morgen abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hindenburgstr. 3. Vortrag des Genossen Ciribel: Ruhrbesetzung und Reparationen. Gäste willkommen.

Terraza. Sonnabend, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederberatung bei Reichlich, Kaiserstraße. Tagesordnung: „Kommunale Angelegenheiten.“

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Heute abend findet die 10. Jahrestagung der Mitgliederberatung in der Kammersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße, Reich. Genossin Behm-Schuch (nicht, wie in der Korrespondenz irrtümlich angegeben, Frau Dr. Wegscheider) prägt über „Kollektivismus und Arbeiterberufung gegen imperialistische Militar.“

Gewerkschaftsbewegung

Aus der kommunistischen Praxis.

Die Vorgänge in Ludwigshafen bildeten den Gegenstand der Tagesordnung einer gut besuchten Versammlung der SPD-Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, die gestern abend in den Sophienkassen stattfand. Referent war der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Genosse Breg.

Der Redner wies bei dem Beginn seines Vortrags darauf hin, daß im kommunistischen Blätterwald wie auch in den kommunistischen Versammlungen jetzt ganz besonders auf den Fabrikarbeiterverband geschimpft werde. Veranlassung hierzu sei den Kommunisten durch die Vorgänge in Ludwigshafen gegeben worden. Ueber diese Vorgänge herrsche noch viel Unklarheit vor, die von kommunistischer Seite geflissentlich genährt werde. Auf die Ursachen zu den Vorgängen näher eingehend, führte Genosse Breg folgendes aus:

Drei Betriebsräte, die zu dem bekannten kommunistischen Betriebsratskongreß nach Berlin reisen wollten, wurde der Urlaub verweigert. Der Organisation ist vorher keine Mitteilung von dem Vorhaben gemacht worden. Eine Betriebsversammlung, an der aber von den etwa 20.000 Arbeitern nur 6000 teilnehmen konnten, stellte sich hinter die Entlassenen und so kam es zur Arbeitseinstellung. Man sah aber bereits am Verhandlungstisch und es war zu hoffen, daß es mit Zustimmung der Entlassenen zu einer Regelung kommen werde. Aber das war nicht nach dem Sinn der kommunistischen Ratgeber, die dafür sorgten, daß ein Betrieb nach dem anderen stillgelegt werden mußte. Obwohl der Vorstand des Verbandes ein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht hat, ist er bei der ganzen Aktion gar nicht befragt, sondern einfach vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Und nicht nur bei dem Kampf, sondern auch bei den Zielen wurde

die Organisation ausgeschaltet.

Es muß der bestehenden Organisation bei solchen Kämpfen, wo es sich um die Existenz Tausender handelt, doch die Möglichkeit gegeben werden, sich über den Einsatz und das Erreichbare klar zu werden. Die Kommunisten nehmen aber für sich in Anspruch, an all diesen Dingen vorbeizugehen. Gelingt ihnen die eingeleitete Aktion nicht, so heißt die weitere Vorleser: Der Kampf muß auf eine breitere Grundlage gestellt, über die Lohngruppen hinaus geführt werden. Frägt man, wie sie sich die Durchführung denken, so erhält man die naive Antwort: „Darum haben wir uns noch nicht gemüht.“ Und doch müßten sie wenigstens so viel wissen, daß die Möglichkeit, die Massen über Wasser zu halten, nur durch ungeheure Mittel, durch Hunderte von Millionen zu erreichen ist und daß, wenn der Kampf auf eine immer „breitere Grundlage gestellt“ wird, alle Mittel nicht ausreichen, dieser Möglichkeit den Erfolg zu sichern. Jeder auch nur einigermaßen aufgeklärte Gewerkschaftler wird eine hinterbrannte Idee darin erblicken, solche Kämpfe zu entfesseln, die nicht anders als mit einem völligen Zusammenbruch enden können. Einen solchen Kiesenbrand zu entfachen lehnten unsere Organisation und auch die anderen ab.

Man hat dann die Behauptung an die Öffentlichkeit geworfen, daß es sich um Abwehr des Hungerkrisentages handle. Kein Wort davon ist wahr! Weiter behauptete man, der Kampf werde um die Lohnregelung geführt. Die Lohnfrage war aber schon vorher anhängig bei den Instanzen und ist auch von diesen entschieden worden.

Auch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wurde gefordert. Das könnte aber doch nur durch eine andere Gesetzgebung erreicht werden. Ebenso würde diese für eine Lebensmittelkontrolle der Arbeiterschaft Voraussetzung sein. Dann die Umverteilung. Hier fordern die Kommunisten etwas, was die Rostauer Gerichte entschieden ablehnen. Ueberhaupt verfahren die Kommunisten

In Rußland ganz anders als in Deutschland.

So hat sich der allrussische Gewerkschaftsbund auf seinem Kongreß dahin ausgesprochen, daß der Lohnkampf wieder unter Leitung der Gewerkschaften zu führen sei. Damit hat der Bund ausgesprochen, daß die Partei in diese Kämpfe nicht hineinzureden hat, die Streikleitung also Sache der Gewerkschaften ist. Man findet mühsam das in Rostau selbstverständlich, was hier von den Kommunisten bekämpft wird. Auch dagegen haben sich die russischen Kommunisten noch nicht gewehrt, daß dort der Kapitalismus eingeführt wird, den ihre Parteigänger in Deutschland bekämpfen. Hier läßt man noch die Wolke der „Weltrevolution“ erklingen, hier glaubt man, mit einer politischen Diktatur den Kapitalismus abschaffen zu können, der in Rußland unter der politischen Diktatur wieder aufgebaut wird.

Ausland, Aufstand und Bürgerkrieg, das sind die Parolen der Kommunisten. Wohin sie führen, ist aus Beispielen in anderen Ländern, so auch Italien, zu erkennen. Es ist eine Utopie, mit einem Aufstand und Eroberung der politischen Gewalt die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern zu wollen. Daß die drei Betriebsräte in Ludwigshafen schließlich ein Anzahl Schicksalsgenossen erhalten haben, ist nicht verwunderlich. Sowie geschahen konnte, ist die Zahl durch die Gewerkschaft vermindert worden. Die Ver-

antwortung tragen die, bis zu dem Kampf aufgerufen haben, die unterufen in die Rechtssphäre der Organisation eingebracht sind. (Lebhafte Beifall.)

In der anschließenden Diskussion stellten sich alle Redner rückhaltlos auf den Standpunkt des Referenten. Nach einem Schlußwort des Genossen Breg wurden die Genossen Krüger, Illmer und Fiedler in den erweiterten Bezirksvorstand gewählt.

Die unfaire Entschädigung der Lehrlinge.

Am 20. Dezember fällt das Gewerbegericht Chemnitz-Stadt ein Urteil, das allgemeine Beachtung verdient. Ein im dritten Lehrjahr stehender Lehrling der elektrotechnischen Fabrik Ostler Schmidt, Chemnitz, klagte auf Herausgabe des Arbeitsbuches. Als Grund der einseitigen Auflösung des Lehrverhältnisses wurde die zu niedrige Entlohnung angegeben. Der Lehrling erhielt im dritten Lehrjahr Dezember 1922 pro Woche 120 M. Wir lassen das Wesentliche der Urteilsbegründung folgen, es heißt:

Für den gegenwärtigen Rechtsstreit sind jedenfalls die Parteivereinbarungen maßgebend und nach diesen handelt es sich nach dem Lehrvertrag um einen Lohnanspruch des Klägers und Widerbeklagten. Dieser Lohn ist in der von dem Beklagten und Widerkläger gezahlten Höhe von 120 M. unbillig niedrig. Nach dem Lehrvertrage hat sich der Beklagte und Widerkläger verpflichtet, gewisse Mindestlöhne zu zahlen. Aus dieser Bestimmung ergibt sich auf der anderen Seite noch, daß der Lohn den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden soll. Anders ist wenigstens in einem Falle der vorliegenden Art die Bezeichnung des Lohnes als Mindestlohn nicht aufzufassen. Es bedarf nun wohl keiner weiteren Ausführung darüber, daß ein Wochenlohn von 120 Mark bei einem Lehrling im dritten Lehrjahr unter Berücksichtigung der derzeitigen Lebensbedingungen nicht mehr angemessen ist. Wenn man die Verhältnisse vom September 1919, unter denen der Lehrvertrag abgeschlossen wurde, mit den derzeitigen vergleicht, so wird man mindestens bei einem Lehrling auf eine Steigerung um das 200fache kommen müssen, wenn man eine angemessene Entlohnung zugrunde legen will. Es würde dies die Hälfte von der Steigerung der Löhne sein, die im Durchschnitt ein gelernter Arbeiter in der erwähnten Zeit erfahren hat. Der Kläger und Widerbeklagte hätte nach dem Lehrvertrage 6 M. monatlich zu erhalten gehabt. Unter den jetzigen Verhältnissen würden es nach der obigen Rechnung 1600 M. monatlich sein müssen. Diese noch sehr gering gegriffenen Sätze erreichen noch nicht einmal die, die in der Metallindustrie für die Lehrlinge tarifmäßig vorgesehen sind. Das erkennende Gericht erblickt in der unbillig niedrigen Bezahlung eine Uebervorteilung des Klägers und Widerbeklagten und mußte daher den Lehrvertrag auf Grund der Erklärung vom 2. Dezember 1922 auf Grund von § 124, Ziffer 4 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 127b der Gewerbeordnung für ordnungsgemäß gelöst ansehen. Der Beklagte und Widerkläger ist daher auch verpflichtet, dem Kläger und Widerbeklagten dessen Arbeitsbuch herauszugeben.

Dieser Fall widerlegt zunächst einmal die Behauptung von der Rechten eifrig kolportierte Behauptung von der „hohen Entlohnung der Jugendlichen“ und gibt zugleich allen, die in gleicher Not leben, die Waffe in die Hand, sich unter Umständen trotz Lehrvertrages und Unvernunft des Handwerksmeisters eine angemessene Entschädigung zu sichern.

In der mitteldeutschen Metallarbeiterbewegung kam es, wie uns aus Halle gemeldet wird, zu einer Einigung. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Schiedsspruch gefällt, wonach der Spitzenlohn für die erste Jahreshälfte 400 M., für die zweite Hälfte 480 M. beträgt. Die Fertigungszulagen betragen 56 bis 50 M. Der Schiedsspruch ist angenommen, damit sind alle Schwierigkeiten erledigt. Die bürgerliche Presse brachte gestern die Nachricht, daß in Mitteldeutschland die Metallarbeiter in Streik getreten seien. Diese Nachricht ist, wie aus vorstehender Meldung hervorgeht, falsch. Zu bemerken ist noch, daß der Schiedsspruch den Metallarbeitern höhere Löhne zubilligt als den Berliner Metallarbeitern.

Achtung! Seifenarbeiter! Die Lohnbewegung für den Monat Januar ist beendet. Die Januarlöhne sind tariflich festgelegt. Tarife können gegen Legitimation durch Mitgliedsbuch und Funktionärkarte im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Engelstr. 24/25, Ausgang C I, abgeholt werden. Tarife für die Parfümerieindustrie sind ebenfalls dort zu haben.

Betriebsrätchule. Außer für die Unterrichtsstätten Köpenick, Steglitz und Spandau ist der Beginn sämtlicher Kurse der Schule um eine Woche verschoben worden. Unterrichtsbeginn ist also in der Woche vom 28. Januar 1923.

Hörerkarten zum Preise von 50 M. (für Arbeitslose unentgeltlich) sowie Unterrichtsverzeichnisse werden im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale (Abt. Rätchule), Engelstr. 24/25, 2. Hof, I, ausgegeben. Dort finden auch, außer in den Bureaufstunden, Montags und Freitags von 4—7 Uhr Lehrberatungssprechstunden statt.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätchule.

Wirtschaft

Ruhebefehle und Teuerung.

Die Verschlechterung des Marktkurses infolge der Befehle des Ruhegebietes hat eine weitere scharfe Preissteigerung auf allen Gebieten des Warenmarktes ausgelöst. Die auf den Montag des 15. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von dem 1870fachen am 5. Januar auf das 2131fache gegenüber dem Friedensstande oder um 27,6 Proz. am 15. Januar gestiegen.

In dem gleichen zehntägigen Zeitraum haben die vorwiegend im Inlande erzeugten Rohstoffe (Inlandwaren) von dem 1472fache auf das 1894fache oder um 28,6 Proz., die Einfuhrwaren von dem 2660fachen auf das 3316fache oder um 24,7 Proz. angezogen.

Das Preisniveau der Lebensmittel hat sich von dem 1311fachen auf das 1703fache oder um 29,9 Proz. erhöht, das der Industriestoffe von dem 2342fachen auf das 2931fache oder um 25,1 Proz.

Deutschlands Handelsbilanz.

Deutschlands Handelsbilanz ergab nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes von Januar bis November vorigen Jahres einen Einfuhrüberschuß von rund zwei Milliarden Goldmark. In den einzelnen Monaten gestaltete sich der Wert der Ein- und Ausfuhr folgendermaßen:

1922	Einfuhr	Ausfuhr
Januar . . .	580,4 Mill. Goldmark	825,4 Mill. Goldmark
Februar . . .	559,6	217,9
März . . .	563,2	324,0
April . . .	508,0	327,0
Mai . . .	585,2	416,3
Juni . . .	564,6	427,9
Juli . . .	684,8	336,3
August . . .	545,1	254,8
September . . .	421,8	290,9
Oktober . . .	531,7	291,4
November . . .	530,3	255,2

Bei der Beurteilung dieser Wertziffern ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Feststellung der Goldmarkwerte auf Schwierigkeiten gestossen ist, die das Statistische Reichsamte veranlassen, seine Berechnungsmethode zu reformieren.

Erhöhung des Wechselzinsfußes. Die Reichsbank hat den Wechselzinsfuß von 10 auf 12 Proz. und den Lombardzinsfuß von 11 auf 13 Proz. erhöht.

1 Pfund Weizenmehl 470 M. Die sächsischen Wägen haben in Anpassung an die Devisensteigerung den Preis für Weizenmehl Spezial 0 auf 94.000 M. für den Doppelzentner mit Saab ab Mühle erhöht.

Die Sicherstellung der Kohlenversorgung. Nach einer Meldung aus englischer Quelle soll Stinnes bei englischen Banken einen Kredit von 2 Millionen Pfund Sterling zum Einkauf englischer Kohle erhalten haben. Das würde einer Kohlenmenge von etwa 1½ Millionen Tonnen entsprechen. Es sind auch Bestrebungen im Gange, aus dem polnisch geordneten Teil Oberschlesiens Kohle erhalten zu haben. Das würde einer Kohlenmenge von etwa Kohlenproduktions- und polnischen Gruben in Oberschlesien Verhandlungen im Gange, um eine Kohlenmenge von 500.000 Tonnen Steinkohlen, die in Ostoberschlesien lagern, nach Deutschland zu schaffen.

Polens Kohlenbederung. Der amtlichen Statistik zufolge betrug die Gesamtkohlenproduktion Polens im Jahre 1922 im Dombrowaer Kohlengebiet 7.050.458 Tonnen, d. i. 103,17 Proz. der Vorkriegsförderung des Jahres 1913. Im Krasauer Kohlengebiet 1.981.031 Tonnen, d. i. 100,41 Proz. der Vorkriegsförderung, im Teschener Kohlengebiet 1.653.277 Tonnen, d. i. 89,75 Proz. der Vorkriegsförderung. Im ober-schlesischen Kohlengebiet 25.598.788 Tonnen, d. i. 80,61 Proz. der Vorkriegsförderung, insgesamt 34.785.613 oder 85,43 Proz. der Vorkriegsförderung des Jahres 1913.

Verantwortlich für den redbot. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Socaritäts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Zähne 400 u. 500 Mk. mit Friedenskautschuk
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen, Plomben, Stütz-zähne. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Max Busse
Gegründet 1878.
Neu eröffnet: **Ankaufsabteilung** Neu eröffnet
für
Gold-, Silber-, Platin- Brillanten
gegenüber dem alibekanntesten
Haupt-Geschäft
Brunnenstraße 18
an der Invalidenstraße.

Preiswert: Leder
Berthold Kuttner
Lederhandlung
BERLIN SO 26
Reichenberger Str. 14
Von 1—3 Uhr geschlossen.

Möbel
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
G. Camnitzer,
Schönb. Allee 82,
Ecke Wicherst Hochb. Nordr.
Auf Wunsch Zahlungsanleiherung
10000 Mk. Erfinder
Kunst Metall, g. Veredelung, hier. Beschäftigung, d. F. Erfinder u. La. Berlin, Klugstr. 10/11

Der große Andrang
nach Inventur veranlaßt mich, die
Ausnahme-Tage
zu verlängern.
Schlußtag: Sonnabend, den 20. Januar.
Nie wieder so billig!
Versäume niemand, die günstigste Gelegenheit wahrzunehmen
Anzüge / Schlüpfer / Winterpaletots
Gummimäntel / Hosen
weit unter heutigem Gestehtungspreis!
Kauterleichterung durch Anzahlung.

Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße
an der Bismarckstraße.
Weitester Weg lohnend!

Gold Silber - Platin
Gegenstände, Bruch
Zahngelisse
kaufen zu unüberbietbaren Preisen
Gebrüder Fuhrmann
Nollendorfstr. 39.

86 Gartenstr. 86
Zahngelisse
Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der beste Weg zu mir lohnt sich!

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe
sowie Almetalle kauft zu
amtl. Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)
1 Minute vom Hof Frankl. Allee
Freigeldvergütung
Größtes Absatzgebiet für Händler!

Sehr preiswerte
Herrenunterwäsche
empfiehlt
Strumpfhaus „Werba“
Berlin, Kottbuser Damm 12
Edle Veranträge

Zur Rheinfrage,
einer unserer größten gegenwärtigen Sorgen, nimmt mit strenger Sachlichkeit Stellung das jeden erscheinende Werk

Die Rheinlande in der Franzosenzeit
Von Dr. Alexander Conrad
Nach dem Inhalt des 240 Seiten umfassenden Buches sind folgende Kapitel enthalten: Der alte Rhein / Natur und Industrie / Die Rheinlande / Der Verlust des linken Rheinufer / Rheinlande, von den römischen, germanischen / römischen Herrschern / Der Rhein / Der Rhein / Preis broschiert 1800 M. Gebunden 2700 M.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2